

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/238

Bonn, den 16. Dezember 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Ein Treffen ohne Überraschungen</u> Fazit des CSU-Parteitages in München Von Dr. E. Eckert	69
3 - 4	<u>Dollingers freie Frequenzen</u> Doch noch privates Fernsehen? Bestehende Rechtslage ist nach wie vor noch umstritten	98
5 - 6	<u>G R I E C H E N L A N D</u> Machtkämpfe innerhalb der Militärregierung Von Dr. Basil P. Mathiopoulos	64

Ein Treffen ohne Überraschungen

Fazit des CSU-Parteitages in München

Von Dr. E. Eckert

Die Erledigung gesetzestechnischer Terminvorhaben war die Hauptaufgabe des außerordentlichen Parteitages der bayerischen CSU auf der Münchner Theresienhöhe. Es war ein neuer Vorstand einzusetzen, mit Franz Josef Strauß, versteht sich, an der Spitze, und es war ein neues Grundsatzzprogramm zu verabschieden, weil sonst im Bundesanzeiger von Anfang 1969 das CSU-Programm von 1957 abgedruckt worden wäre. Beide Vorhaben waren sicher notwendige Vorgänge, wobei freilich weder die Wahl noch das Programm von wegweisender Bedeutung sind.

Das Grundsatzzprogramm der CSU vom 14. Dezember 1968 ist keine politische Offenbarung. Es beschreibt das alte Bild dieser bayerischen Regionalpartei mit den bekannten Worten. Wo, den Zeitläufen notwendigerweise entsprechend, neue Begriffe eingefügt werden mußten, wie z.B. Mitbestimmung, so geschah das in diesem entscheidenden und charakteristischen Fall gegen den Widerstand des Parteivorsitzenden. Die Einfügung selbst war freilich keineswegs identisch etwa mit einer Zustimmung zur Erweiterung der paritätischen Mitbestimmung. Im Gegenteil! Es ging ja auch nur um das unverbindlich Grundsätzliche, wie bei so vielem in diesem Grundsatzzprogramm. Das Aktionsprogramm der CSU von 1969, ihre Wahlplattform, wird die unbedingte Gegnerschaft der CSU gegen diese Forderung von SPD, linker CDU und Gewerkschaften aufs Deutlichste und parteioffiziell verbindlich ausweisen. In München gab Herr Strauß dieser Gegnerschaft bereits beredten und seine Partei verpflichtenden Ausdruck.

Viel Zeit hatte die CSU für diesen außerordentlichen Parteitag nicht eingeplant. Am Sonntag um 11 Uhr begann die wirkliche politische Arbeit mit der in drei Stunden über die Bayernhallen-Bühne gepreßten Schlußberatung und Verabschiedung des Grundsatzzprogramms, und dann hielt der Landesvorsitzende seine zweistündige extemporierte Rede, die mit dem verteilten 51-Seiten-Text nur noch sporadische Ähnlichkeit hatte. Es folgten, unter in die Technik verliebter Inanspruchnahme eines Computers, die Wahlen, bei denen es, nach wochenlanger Lobby-Tätigkeit, faktisch nur um die Frage "Huber oder Heubl?" ging. Wie die "Eingeweihten" vorhergesagt hatten, wurde der Vielämtermann Dr. Ludwig Huber gegen den Staats-

minister und Bonner Landesregierungsvertreter Dr. Franz Heubl mit allerdings nur 27 Stimmen Mehrheit wiedergewählt.

Auch der geradezu flehende Protest der CSU-Studenten hatte nichts mehr genützt. Das CSU-Denkmal, Landwirtschaftsminister Dr. Alois Hundhammer, hatte das Protest-Flugblatt der auch hier aufbegehrenden Studenten zuvor demonstrativ zerrissen. Dafür war es ihm, wenn auch nur mit knapper Mehrheit, gelungen, die Anti-Mansholt-Passage seines Bundeskollegen Hermann Höcherl (Strauß: "Eine höchstentwickelte Kapazität an Schlitzohrigkeit!") durch die Traditionslyrik von der "angestammten Scholle" zu bereichern.

Wo es auf diesem Parteitag wirklichen Widerstand gab - wenngleich natürlich auch nur im taktischen Bereich, weil man sich in dieser "achten und eigenständigen" Volkspartei Bayerns, nein: "politischen Aktionsgemeinschaft", im Grundsätzlichen natürlich völlig einig war - wo es also Widerstand gab, da wurde er massivst niedergebügelt. Unter der Führung von einigen Bundestagsabgeordneten war der Versuch unternommen worden, der CSU das Beiwort "konservativ" zu nehmen. Die Opponenten fürchteten um das Ansehen der Partei, weil "konservativ" in den Ohren des Volkes und der Wähler nach restaurativ und veraltet klinge und daher die Wahlchancen beeinträchtige. Von Strauß bis Jaeger stiegen sie da auf die Rednerbarrikaden und verfochten beredt und heidsämmelig ihren Konservativismus, weil das, so Strauß, doch in neuer Sinngebung heiße, von der Bewahrung der Werte der Vergangenheit aus an der Spitze des Fortschritts zu marschieren. Der schlitzohrige Kompromißvorschlag des Landesparteivorsitzenden, die CSU sei "auch konservativ", fand schließlich nach langer Redeschlacht eine Zweidrittelmehrheit, nachdem auch die offiziellen Sprecher der Jungen CSU-Union, im Blick nach rechts, für den "an das Ewige gebundenen" Jaeger) Konservativismus plädiert hatten.

Die Parteitagereden selbst, einschließlich der von Strauß, brachten nichts Neues. Was zur Innen- und Außenpolitik gesagt wurde, war bekannt. Die SPD bekam "ihr Fett weg", obwohl der hier sich aventuristisch betätigende Generalsekretär Max Streibl die heftigsten Anti-SPD-Attacken beim Verlesen seiner Rede wegließ. Der knappen Zeit halber, allerdings mit der ausdrücklichen Festlegung, daß der Redetext gelte. So wird man doch wohl verzeichnen müssen, daß die SPD, nach Streibl "die Sozialisten", "den Weg der kalten Sozialisierung beschreitet". Womit wir also wieder bei den Wahlkampflogans der Adenauer-Zeit angelangt wären.

Dollingers freie Frequenzen

Doch noch privates Fernsehen?

A.K. - Die Diskussion um private Rundfunk- und Fernsehsender wird in Kürze in eine neue Phase treten. Waren bisher alle derartigen Pläne interessierter Gruppen an zwei Hindernissen gescheitert, den rechtlichen auf Grund des Karlsruher Fernsehurteils und der Landesrundfunkgesetze und den technischen, weil keine Wellenbereiche frei waren, dann ist inzwischen eines von ihnen entfallen. Seit einigen Wochen kann Bundespostminister Dollinger, nach neunjähriger Entwicklungsarbeit seiner Ingenieure, unverzüglich freie Frequenzen im UKW-Bereich (11,7-12,7 Gigahertz) zur Verfügung stellen, die bislang ausschließlich dem Radar vorbehalten waren. Sender, die auf dieser Welle arbeiten wollen, haben lediglich einen allordings schwerwiegenden Umstand in Kauf zu nehmen: Ihre Reichweite würde nur etwa zwanzig Kilometer betragen.

Aktualisiertes Fernsehurteil?

Doch mit der Lösung der technischen Probleme sind die rechtlichen Hindernisse für die Inbetriebnahme noch nicht beseitigt. Aber Dollinger wußte auch hier Rat. Bei einer Festansprache anlässlich der Einweihung des Hamburger Fernsehturmes forderte er die für die Vergabe von Sendelizenzen zuständigen Bundesländer auf, parallel zu den nunmehr erweiterten technischen Möglichkeiten die Auslegung des Karlsruher Fernsehurteils neu zu überdenken.

Würden einige Länder dieser Anregung folgen und eine "Aktualisierung" des Urteils, wie es der CDU-Deutschland-Union-Dienst bezeichnete, herbeiführen können, stünde privatwirtschaftlicher TV-Interessenten kaum noch ein Hindernis im Wege. Selbst die regional eng begrenzten Sendebereiche dürften sie dabei nicht stören. Für ihre Zwecke, vornehmlich unterhaltenden Werbesendungen, sind ohnedies nur Gebiete in dicht besiedelten Ballungszentren lukrativ. Nur dort können sie ihren Auftraggebern eine große Zuschauerbeteiligung garantieren und somit die Anzeigenkosten in gewinnbringender Höhe ansetzen.

Es kann nicht verwundern, daß die CDU den Überlegungen Dollingers schnell folgte. Auf dem Berliner Parteitag beschlossen die Delegierten in ihrem Aktionsprogramm einen Passus, der in der ersten Vorlage des Bundesvorstandes noch nicht enthalten war. In ihm wird u.a. "die Ausstrahlung durch andere Veranstalter" (als die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten) befürwortet, wenn auch "unter öffentlicher Aufsicht und unter Beteiligung aller gesellschaftlich relevanter Kräfte".

Mehrdeutige "Perspektive"

Setzen wir voraus, daß der Berliner Parteitag der CDU und die Bekanntgabe Dollingers glücklich zusammenfielen. Und setzen wir voraus, daß auf dem letzten Parteitag der SPD die inzwischen freie Verfügbarkeit von Sendefrequenzen noch nicht überschaubar war. Wenn also konkrete Vorstellungen darüber, wie diese Frequenzen nutzbar zu machen sind, bisher in den "Perspektiven" noch nicht berücksichtigt werden konnten, dann gilt es nunmehr, dies schnell nachzuholen.

Es ist noch aus anderen Gründen geboten. Schon kündigen sich

weitere technische Neuerungen im Fernsbereich an, die große Gebiets-
teile der Bundesrepublik, teilweise sogar unkontrollierbar, mit Sendungen
zu überschwemmen drohen.

Zwar wird im Abschnitt D (Massenmedien) darauf hingewiesen, daß der
Konzentrationsprozeß im Pressebereich "grundsätzlich nicht aufzuhalten
sein wird, da der Einsatz modernster Kommunikationsmittel und -maschinen
nur durch finanzstarke Gruppen durchgeführt werden kann". Tatsächlich
bleibt aber die Interpretation dieser Textstelle dem Leser überlassen,
ob mit den "modernsten Kommunikationsmitteln" nur Druckerzeugnisse oder
auch privatunternehmerisch betriebene Sender des Fernsehens und Rund-
funks gemeint sind.

Organisationsform bräms Interesse

Christian Wallenreiter, der Intendant des Bayerischen Rundfunks und
zur Zeit turnusmäßiger Vorsitzender der ARD, hat bereits eindeutig zu
erkennen gegeben, daß keine der ihr angeschlossenen Sendeanstalten an ei-
ner Programmausweitung durch einen 4. oder gar 5. Kanal interessiert sei.
Gleiches ist für das ZDF voranzusetzen. Dies umso mehr, als eng begrenz-
te regionale Sender, wie sie zur Zeit auf Gigahertz nur betrieben werden
können, dem organisatorischen Aufbau des Zweiten Deutschen Fernsehens
entgegenstehen.

Verständlicherweise finden aber auch private Unternehmer, die am
Betrieb eines Senders interessiert sind, dann daran keinen Gefallen,
wenn er einer öffentlich-rechtlichen Struktur unterworfen wird. Sie
widerspricht nicht nur der gewerbsmäßigen Nutzung, sondern ist ohnehin
noch durch Rundfunk- und Programmbeiräte der öffentlichen Kontrolle aus-
gesetzt.

Noch eine dritte Möglichkeit bietet sich an. Seit einiger Zeit un-
tersuchen Pädagogen und Techniker, ob UKW-Wellen für Fernseh-Unterrichts-
programme in Schulen finanziell und didaktisch vertretbar sind. Sie ge-
hen davon aus, daß einige Städte, unabhängig von den Sendeanstalten, ei-
gene Sender betreiben sollten, für die eine begrenzte Empfangsmöglich-
keit ausreicht. Doch auch diese Pläne sind mit der bisherigen Auslegung
des Fernsehurteils nicht vereinbar.

Die bestehende Rechtslage, die sich, abgesehen von den unterschied-
lichen Rundfunkgesetzen der Bundesländer, aus dem Karlsruher Fernseh-
urteil ergibt, ist bei juristischen Fachleuten umstritten. Sie könnte
durch die von der CDU geforderten Auflagen für ein privates Fernsehen
(öffentliche Aufsicht, Beteiligung aller gesellschaftlich relevanten
Kräfte) in ihrer bisherigen engen Auslegung durchaus zu Fall gebracht
werden. - Trotz dieser für private Interessenten nicht ungünstigen Aspek-
te haben ihre Repräsentanten Springer, Oetker und die "Arbeitsgruppe
Verlegerfernsehen" bislang nicht erkennen lassen, daß sie Dollingers
neue Welle bald nutzen wollen. Doch die Ruhe kann trügen.

Noch hüten sich die Bundesländer, schon jetzt den Empfehlungen des
Bundespostministers nachzukommen und eine Überprüfung ihrer unterschied-
lichen Landesrundfunkgesetze vorzunehmen. Sie werden erst zur öffentli-
chen Stellungnahme aufgefordert, wenn die ersten Anträge auf Erteilung
von Sendelizenzen in den Staatssekretariaten vorliegen. Daß dies in ab-
sehbarer Zeit geschehen wird, darüber gibt es nicht nur bei ihnen keine
Diskussion mehr. Zwar wurde im Saarland, das schon seit längerem die Ver-
gabe von Lizenzen ermöglicht, bisher noch kein Antrag gestellt, doch ist
dies keinesfalls als prinzipielles Desinteresse der Unternehmer zu wer-
ten. Denn erstens standen auch dort bisher keine Frequenzen zur freien
Verfügung, und zweitens ist dieses Gebiet mit seiner für die Wirtschaft-
lichkeit privater Sender zu geringen Bevölkerungsdichte nicht lohnend
genug. + + +

G R I E C H E N L A N D

Machtkämpfe innerhalb der Militärregierung

Von Dr. Basil P. Mathiopoulos

Anlässlich des Jahrestages des Gegenputsches des Königs am 13. Dezember hat der Präsident der griechischen Militärregierung, Georg Papadopoulos eine ausführliche Erklärung über das Werk der "Revolution" in den letzten zwölf Monaten abgegeben. Ein Regierungssprecher hatte zudem betont, daß die Regierung nie zuvor so stark gewesen sei wie heute. In Wirklichkeit war das Athener Regime nie zuvor so schwach. Die scheinbar selbstsichere Behauptung steht in krassm Gegensatz zu der tatsächlichen Situation, die durch immer offenere Machtkämpfe innerhalb der Junta gekennzeichnet ist.

Die Bedrohtheit und die Schwäche des Regimes manifestiert sich eben jetzt in der Bildung einer Militärpolizei, die gemäß dem neuen Gesetz die Aufgabe hat, innerhalb der Streitkräfte "für Disziplin, Ordnung, Sicherheit und die untadelige Haltung der Armee zu sorgen".

Ein anderes Symptom ist die Verhaftung des ehemaligen Parlamentspräsidenten Papaspyrou, gerade in einer Zeit, wo die Militärregierung betont, daß sie die Wiedereinführung normaler Verhältnisse vorbereite. Dies sind die äußeren Anzeichen der Nervosität der Machthaber, in deren Reihen die Machtkämpfe immer konkretere Formen annehmen:

Die Niederlagen, die das Militärregime in der letzten Zeit einstecken mußte - die überwältigende Anteilnahme der Bevölkerung am Begräbnis von Georg Papandreou und die weltweiten Proteste, die zur Aufschiebung des Todesurteils für Alekos Panagoulis zwangen - riefen heftige Kritik an Papadopoulos hervor, besonders innerhalb der Gruppe der jüngeren Offiziere, der sogenannten "Radikalen". Papadopoulos benötigte seine ganze Energie, um mit diesem Widerstand fertig zu werden. Es kam zu Um- und Neubesetzungen innerhalb der Regierung. Der Leiter der sogenannten "Radikalen", Ledas, wurde von seinem Posten als Staatssekretär im Sicherheitsministerium, wo er die Polizei und den Sicherheitsdienst kontrollierte, ins Innenministerium unter Pattakos versetzt, womit sein Einfluß beträchtlich vermindert wurde.

Für einen Augenblick sah es so aus, als ob Papadopoulos die Lage gemeistert und seine Stellung gefestigt habe. Aber inzwischen war im Hintergrund eine neue bedrohliche Gefahr für den Regierungschef aufgetaucht.

Der Generalstabschef und Inspekteur der Landstreitkräfte, Odysseus Angelis hat sich seit längerer Zeit in geheim darauf vorbereitet, Papadopoulos aus dem Amt des Regierungschefs zu verdrängen und selbst die Macht zu übernehmen. Angelis hat es verstanden, sich bei den Offizieren der Luftwaffe und der Marine beliebt zu machen, die Papadopoulos seit dem mißglückten Gegenputsch des Königs mit seinem Mißtrauen verfolgt und damit verbittert hat. Hier hat sich Angelis eine starke Position aufgebaut, indem er schon seit Monaten Schlüsselstellungen mit seinen Anhängern besetzte.

Das entscheidende Alarmzeichen für Papadopoulos war jedoch die geheime Unterredung, die Angelis am Rande der letzten Brüsseler NATO-Tagung mit dem im Exil lebenden König Konstantin hatte. Der Generalstabschef, der selbst den Gegenputsch des Königs vereitelt hatte und sich damit eine starke Stellung innerhalb der Junta schuf, plant, Konstantin nach seiner Machtübernahme nach Athen zurückzuholen. Papadopoulos soll sich mit der Gründung einer Partei begnügen, die bei den von Angelis für den Herbst 1969 geplanten Wahlen fungieren soll, um dem Regime einen demokratischen Anstrich zu geben. Es ist natürlich fraglich, ob Papadopoulos kampflos auf die Macht verzichten wird.

Das Regime hat außerdem noch andere Gründe zur Beunruhigung. Die Kommission für Menschenrechte des Europarates in Straßburg wird wieder Zeugen zu der Anklage vernehmen, die die drei skandinavischen Länder und Holland erhoben haben. Die Militärjunta wird beschuldigt, durch Folterungen von politischen Häftlingen die Europäische Konvention der Menschenrechte zu verletzen, die Griechenland 1953 mit unterzeichnet hat. Und die Militärregierung steht noch unter dem Druck der Reaktion der Weltöffentlichkeit auf die Flucht von zwei wichtigen Zeugen, die in Straßburg zugunsten des Regimes aussagen sollten und zu Anklägern wurden.